

Nur die Klassenlehrer werden entlastet

SCHULE Regierung und Gemeinden hätten gerne auch Primarlehrer um eine Lektion pro Woche entlastet. Der Kantonsrat lehnt nicht nur dies ab.

FREDDY TRÜTSCH
freddy.truetsch@zugerzeitung.ch

Das Parlament hat gestern entschieden, und fast gehen die Lehrerinnen und Lehrer mit der Revision des Lehrerbesehdungsgesetzes leer aus. Einzig in zwei Punkten folgt die Parlamentsmehrheit den Anträgen der Regierung. Sie entlastet die Klassenlehrer der Primar- und Sekundarschule um eine zweite Lektion pro Woche und gewährt der Klassenlehrperson auf der Kindergartenstufe neu 30 Minuten pro Klasse für die zusätzlichen Aufgaben.

Aus dem Blickwinkel der Lehrer ist dies zweifelsfrei nicht gerade viel. Aber:

Es hätte auch gar nichts sein können. Wenn der Rat nämlich dem Antrag der FDP-Fraktion gefolgt wäre, dann wäre das Parlament gar nicht erst auf die Vorlage eingetreten, sondern beim Status quo geblieben. «Da die guten Schulen unser Zukunftskapital sind, finden wir es als FDP-Fraktion angemessen, im Bereich der Lehrerbesehdung auf eine Besitzstandswahrung hinzuwirken», sagte Beat Unternährer (FDP, Hünenberg).

«Zielgerichtete Entlastung»

Dass sich das Geschäft dann doch nicht zu einem Nullsummenspiel entwickelte, verdanken die Lehrerinnen und Lehrer der Bildungscommission, grossen Teilen der CVP, der SP, der Alternative die Grünen, die sich für eine zusätzliche Entlastung der Klassenlehrer der Primar- und Sekundarstufe eingesetzt haben. Bildungscommissionspräsident Martin Pfister (CVP, Baar) weist darauf hin, diese Entlastung sei nicht ein «Prinzip Giesskanne», sondern zielgerichtet. Sie stärke jene Lehrer, die am meisten Ver-

antwortung tragen würden und am stärksten durch die Arbeitsfelder ausserhalb des eigentlichen Unterrichts be-



«Die Kommission negiert nicht, dass die Belastung zugenommen hat.»

MARTIN PFISTER,
CVP, BAAR

lastet seien. Dazu gehörten die Elternarbeit, die Dokumentation oder die allenfalls aufwendige Integration von schwierigen Kindern. «Die Entlastung

der Klassenlehrpersonen entspricht auch der Logik der ablehnenden Haltung gegenüber einer generellen Reduktion der Lektionenzahl», führt Pfister aus.

Andere Massnahmen

Regierung und sieben von elf Gemeinden hätten auch gerne die Primarlehrer um eine Lektion pro Woche (29 statt 30) entlastet. Doch gegen dieses Unterfangen hat es grossen Widerstand gegeben (wir haben berichtet). Stellvertretend für die Bildungscommission erklärt Martin Pfister: «Die Kommission negiert nicht, dass die Belastung der Lehrperson im Lauf der letzten Jahre zugenommen hat.» Den Belastungen soll gemäss der Kommissionsmehrheit jedoch mit anderen Massnahmen zielgerichtet begegnet werden. Wichtig sei, dass sich Lehrer zu einem möglichst grossen Teil ihrer Kernaufgabe, dem Unterricht, widmen könnten. Offensichtlich bezweifelt die Bildungscommission, ob die Reduktion einer Lektion pro Woche tatsächlich zu einer Reduktion der Belastungen führen würde. Die

Ratslinie beantragt auch noch eine Reduktion von einer Lektion pro Woche (28 statt 29) für Sekundarlehrer, und Esther Haas (AGF, Cham) will ausserdem das Pensum der Kindergartenlehrpersonen auf das Niveau der Primarlehrer anheben – ohne Erfolg.

Nach diesen Abstimmungsergebnissen reiht sich Sekundarlehrer und SP-Kantonsrat Zari Dzaferi (Baar) in die Kategorie «Rufer in der einsamen Wüste» ein. Er gibt sich aber trotzdem nicht einfach geschlagen, sondern hält seinen Ratskollegen schon noch den Spiegel hin. «Viele von Ihnen haben dem Volk bei den letzten Wahlen versprochen, sich für eine qualitative Bildung einzusetzen. Sich für eine qualitative Bildung einzusetzen, bedeutet aber auch, der Schule jene Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, mit welchen sie das gesetzlich Geforderte erfüllen kann.» In dieser Revision sei es nicht um mehr Lohn oder Luxuslösungen gegangen, sondern einzig darum, den Lehrpersonen Zeit zu gewähren, um die neu geschaffenen Aufgaben zu erledigen.

PROTOKOLL

NFA-Referendum

Die Motion dreier FDP-Kantonsräte betreffend einem NFA-Kantonsreferendum wurde vom Rat mit 68 zu 7 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen. Mit 60 zu 10 Stimmen verlangt der Rat zudem eine sofortige Behandlung. Die Motion wurde ausserdem mit 61 zu 6 Stimmen erheblich erklärt und abgeschrieben (siehe unten links).

SVP-Motionen

Zwei Motionen zu internationalen Fragen wurden vom Kantonsrat nicht überwiesen. Mit 46 zu 16 Stimmen sprach sich der Rat gegen eine Standesinitiative zum Austritt aus der OECD aus. Das Kantonsreferendum gegen vier Bundesbeschlüsse scheiterte ebenfalls mit 46 zu 16 Stimmen.

Nächste Sitzung

Das nächste Mal tagt der Kantonsrat am 28. Mai. An der vormittäglichen Halbtagesitzung wird die Anpassung des kantonalen Richtplans zu Ende verhandelt, da dieses Traktandum gestern aufgrund der vorgerückten Zeit unterbrochen werden musste (siehe unten rechts).

«Sie nämüd nur de Manne de Platz ewäg»

OBERGERICHT Iris Studer wurde als Präsidentin feierlich verabschiedet, Felix Ulrich als Nachfolger gewählt.

ft. Die Wahl des neuen Obergerichtspräsidenten Felix Ulrich war reine Formsache, denn im Mittelpunkt stand die Verabschiedung von Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz. Man müsse sich erst an die Bezeichnung «alt Obergerichtspräsidentin» gewöhnen, sagte Laudator Adrian Andermatt (FDP, Baar). Sie habe 23 Jahre als Kantonsrichterin und 11 Jahre als Präsidentin des Obergerichts gewirkt und dabei Spuren hinterlassen. Frauen wie Iris Studer seien der lebende Beweis dafür, «dass es die Geschlechterquoten nicht braucht». Andermatt dankte Iris Studer für ihre Arbeit. Zwar ohne Quoten, doch nicht ohne Stehvermögen, ging es, wie Studer ausführte. Als sie vor 38 Jahren ihr Gerichtspraktikum angetreten habe, «hat mich Kantonsgerichtspräsident Viktor Schaller nach ein paar Tagen gefragt: Fröilein Milz, was wänd sie jetz do es Praktikum mache? Sie nämüd jo nur de Manne de Platz ewäg.» Hat sie sicher nicht. Iris Studer darf auf eine spannende, interessante und lehrreiche Zeit zurückblicken. Dafür bedankte sie sich bei der Regierung und dem Kantonsrat.



Adrian Andermatt ehrte Iris Studer-Milz für ihre grosse Arbeit als Obergerichtspräsidentin mit Worten und Blumen.

Bild Stefan Kaiser

Kantonsreferendum vorbereitet

NFA Wenn sich National- und Ständerat nicht einigen können, ist der Kanton für weitere Schritte bereit.

ft. Der Bund will zu Gunsten der Geberkantone notwendige Anpassungen im NFA vornehmen. Die Geber sollen jährlich um 134 Millionen Franken weniger in den Ressourcenausgleich einzahlen. Doch bisher konnten sich National- und Ständerat nicht einigen. In der Sommersession kommt es nun zu einem Differenzbereinungsverfahren.

Die Zuger Kantonsräte Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Beat Unternährer (alle FDP) bezweifeln aber, dass es in letzter Minute noch zu einer Einigung kommt und beauftragten deshalb die Regierung, umgehend die Vornahme eines Kantonsreferendums zu prüfen, damit man nach einem negativen Entscheid sofort handeln könne. Zwar betonte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, das erklärte Ziel des NFA sei,

die Ressourcen des schwächsten Kantons auf 85 Prozent des schweizerischen Durchschnitts zu bringen. Dies sei mittlerweile erreicht, aber es bewege sich nichts. Die Mehrheit des Parlamentes überwies die Motion und erklärte sie auch für erheblich. Auf Antrag von Regierungsrat Peter Hegglin wurde sie dann auch gleich wieder abgeschrieben, «weil wir das Geschäft nicht nur intensiv verfolgen, sondern weil wir die gestellten Fragen schon lange geprüft haben». Ein entsprechender Bericht und Antrag an den Kantonsrat liege deshalb bereits in seiner Schublade. «Wir sind für den Fall gerüstet.»

27 Millionen sparen

317 Millionen Franken müsse der Kanton dieses Jahr in den NFA einzahlen. Dies sei eine beträchtliche Summe. Ebenso ansehnlich sei auch der Betrag, den Zug mit der vorgeschlagenen Entlastung des Bundes einsparen könne – 27,1 Millionen Franken, betonte Hegglin. Und damit werde nur geltendes Gesetz vollzogen. Das sah Barbara Gysel (SP, Zug) allerdings nicht so. Sie geisselte

die Steuerpolitik des Kantons. Man habe sich selber in eine unangenehme Lage gebracht. Die SP werde deshalb die Motion nicht unterstützen. Solange in Kantonen wie Zug Tiefsteuerpolitik umgesetzt werden könne, «kann die Dringlichkeit einer Senkung der Zahlungen als nicht so hoch eingestuft werden, als dass das Kantonsreferendum gerechtfertigt wäre». Der Kanton solle zuerst seine Hausaufgaben machen.

Heftige Reaktion

Solche Aussagen liessen den Puls von Finanzdirektor Peter Hegglin spürbar ansteigen. Für einmal bediente er sich bei der Antwort nicht mit Worten der Diplomatie, sondern griff in die Kiste «Attacke». «Sie haben sich im Ton und in den Argumenten vergriffen, Frau Gysel», antwortete er ihr sichtlich aufgebracht. Zug habe seine Hausaufgaben gemacht. Und entlastet habe man bei den natürlichen Personen in erster Linie den Mittelstand. Auch bezüglich Unternehmenssteuer belege Zug mittlerweile nur noch einen Mittelfeldplatz. Man müsse bei den Fakten bleiben.

Planspiele vertagt

KANTON Die Behandlung des Richtplans wurde unterbrochen. Doch der «wichtigste» Punkt ist im Trockenen.

kk. Nur bemüht langsam kämpfte sich der Rat durch die Paragraphen zur Anpassung des kantonalen Richtplans. Dies zuerst wegen Streichungsanträgen der SVP, die damit dem Kanton weniger Ausgaben aufbürden und damit Geld sparen wollte. Danach waren es SP und Alternative, die vier zu naturierende Fließgewässer im Plan belassen wollten. SVP wie Linke waren aber chancenlos. Gestrichen wurde dann trotzdem. Und zwar die Karte, mit der Gemeinden für die Durchgängigkeit der darauf eingezeichneten Skiabfahrten hätten verpflichtet werden sollen.

«Jetzt kommen wir zum wichtigsten Punkt der ganzen Richtplanänderung», setzte Heini Schmid (CVP), Präsident der Kommission für Raumplanung und

Umwelt, zu seinem Votum über die Streichung der Verlängerung der General-Guisan-Strasse und des Autobahn-Halbanschlusses Steinhausen Süd an. Der Baarer warnte, den Trumpf des Halbanschlusses, den der Bund ja bewilligt habe, für künftige Verhandlungen mit Bern aus der Hand zu geben. Alternative und SP scheiterten, die Vorhaben zu streichen, die nun weiter als Zwischenergebnisse im Plan enthalten sind.

Regierung obsiegt

Und auch der Erschliessung der Industriegebiete Rotkreuz und denen im Hünenberger Bösch, blies von der linken Ratsseite Gegenwind entgegen. Mit 46 zu 13 folgte der Kantonsrat aber dem Antrag der Regierung und der vorbereitenden Kommission.

«Ich will das Traktandum acht zu Ende behandeln», sagte Kantonsratspräsident Moritz Schmid kurz vor halb sechs Uhr. Doch Zari Dzaferi (SP) trat ans Rednerpult und verlangte den Abbruch. Mit 29 zu 19 obsiegte der Antrag des Baarers, womit die restlichen Paragraphen erst am 28. Mai vom Rat behandelt werden.